

ZH_OBERGERICHT PS230214 vom 1. Dezember 2023

ZH Obergericht, 2023-12-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/zh_obergericht_PS230214

FR: ZH_OBERGERICHT PS230214 du 1 décembre 2023

IT: ZH_OBERGERICHT PS230214 del 1 dicembre 2023

Erwägungen

E. 28

April 2023, Fr. 7.65 Zinsen, Fr. 65.– Mahn- und Bearbeitungsgebühr und Fr. 66.– Betreuungskosten ([act. 3 =] act. 6 [= act. 7/10]). Dieser Entscheid wurde dem Schuldner am 11. November 2023 zugestellt (act. 7/11). 1.2 Gegen diesen Entscheid erhob der Schuldner mit Eingabe vom 11. November 2023 (Datum Poststempel) Beschwerde und verlangte sinngemäss die Aufhebung des Konkurses. Er führte aus, die Vorinstanz habe zu Unrecht von ihm eingereichte Unterlagen nicht berücksichtigt, aus welchen sich seine Zahlungsunfähigkeit ergebe. Da er Sozialhilfeempfänger sei und keinerlei Vermögen besitze, sei jeglicher Entscheid und Vollzug über Schulden, welche zu weiteren Kosten führe, rechtsmissbräuchlich und rechtswidrig (act. 2). 1.3 Mit Verfügung vom 13. November 2023 wurde festgehalten, dass kein Konkursaufhebungsgrund gegeben sei und die aufschiebende Wirkung wurde der Beschwerde einstweilen nicht erteilt. Der Schuldner wurde darauf hingewiesen, unter welchen Voraussetzungen eine Aufhebung des Konkurses in Frage komme und dass er die Beschwerde bis zum Ablauf der Beschwerdefrist ergänzen könne (act. 8). Eine Ergänzung der Beschwerde ging innert der Beschwerdefrist nicht ein. Die vorinstanzlichen Akten wurden beigezogen (act. 7/1–11). Die Sache ist spruchreif. 2.1 Wie bereits mit Verfügung vom 13. November 2023 festgehalten, kann gemäss Art. 174 Abs. 2 SchKG die Konkurseröffnung im Beschwerdeverfahren aufgehoben werden, wenn der Schuldner mit der Einlegung des Rechtsmittels seine Zahlungsfähigkeit glaubhaft macht und durch Urkunden einen der drei gesetzlich vorgesehenen Konkurs hinderungsgründe (Tilgung, Hinterlegung oder Gläubigerverzicht) nachweist.

- 3 - 2.2 Wie ebenfalls bereits mit Verfügung vom 13. November 2023 festgehalten – und dabei bleibt es mangels Ergänzung der Beschwerde – weist der Schuldner keinen Konkurs hinderungsgrund nach und erklärt darüber hinaus gleich selbst, zahlungsunfähig zu sein. Der Schuldner erhebt einzig deshalb Beschwerde, weil er sich daran stört, dass die Vorinstanz trotz bzw. ohne Berücksichtigung seiner Zahlungsunfähigkeit ein Konkurseröffnungsverfahren durchführte und den Konkurs eröffnete, was weitere Kosten generiere. Dieser Standpunkt des Schuldners verfängt indes nicht: Die schlechte finanzielle Lage ist kein Grund, von der Konkurseröffnung abzusehen, sondern vielmehr regelmässig gerade ursächlich für die Eröffnung des Konkurses. Seine Kritik an der Vorinstanz verfängt somit nicht. Nicht innert Frist (bzw. gar nicht) belegt hat der Schuldner sodann, dass er die Kosten des konkursgerichtlichen Verfahrens und jene des Konkursamtes innerhalb der Beschwerdefrist beim Konkursamt sichergestellt hat. Auch aus diesem Grund sind die Voraussetzungen zur Aufhebung des Konkurses nicht erfüllt. 2.3 Die Beschwerde ist abzuweisen. 3. Der Vollständigkeit halber ist der Schuldner auf Art. 195 SchKG hinzuweisen, wonach (frühestens nach Ende der Eingabefrist, vgl. Art. 195 Abs. 2 SchKG) die Möglichkeit eines nachträglichen Widerrufs des Konkurses durch das Konkursgericht

besteht, wenn nachgewiesen wird, dass sämtliche Forderungen (also auch die, für welche noch keine Betreuung eingeleitet wurde) beglichen sind oder von jedem Gläubiger eine schriftliche Erklärung über den Rückzug seiner Konkursanmeldung vorliegt oder ein Nachlassvertrag zustande gekommen ist. 4.1 Ausgangsgemäss sind die Kosten des Beschwerdeverfahrens von Fr. 750.– dem Schuldner aufzuerlegen (Art. 106 Abs. 1 ZPO). Eine Parteientschädigung für das Beschwerdeverfahren ist nicht zuzusprechen; dem Schuldner nicht aufgrund seines Unterliegens, der Gläubigerin nicht mangels Umtrieben in diesem Verfahren. 4.2 Der Schuldner ersucht um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege für das vorliegende Beschwerdeverfahren (act. 2). Nach dem Gesagten ist die Be-

- 4 - schwerde indes als klar aussichtslos zu bezeichnen, weshalb das Gesuch abzuweisen ist (vgl. Art. 117 ZPO). Es wird beschlossen:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.